

Pol. g.
1025(29.)

Fiche

Pol. g.

1025 (29)

Fiche

Gering

Gedanken

über

Wahrheit, Liebe und Gerechtigkeit.

Entwurf zu einer Volksvertretung

und

zur Bildung eines Volkes, nach demokratischen Grundsätzen.

Herausgegeben

von

Harro Harring.



Strasburg,

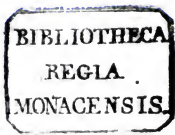
Gedruckt in der Buchdruckerei der Frau Wittve Silbermann, und zu haben
beim Verfasser, Elisabethengasse Nr. 31.

1832.

Inhalt.

	Seite
I. Form der Volksvertretung und Verwaltung im Allgemeinen.	3
II. Anerkennung des Verdienstes.	5
III. Wehrstand. Kriegsmacht.	7
IV. Innere Verwaltung.	9
V. Erziehungs-Anstalten, Schulwesen, Beförderung der Industrie und der schönen Künste.	11
VI. Ehe und eheliche Gerichte.	12
VII. Glaubensfreiheit.	14
VIII. Allgemeine Grundsätze.	14

(Die mit einem * bezeichneten §§ sind von einem Polen.)





Einleitung.

Ein großes Volk, durch Gottes überschwengliche Gnade in kraftlose Theile zerstückelt, zu seinem Nachtheile und Verderben, und zum gänzlichen Untergange des Volksthum (der Nationalität) von frechen, volksfeindlichen Fürsten regiert, wird zuverlässig im Laufe seiner Geschichte erwachen und selbstständig auftreten als Volk. — Es wird seine Würde erkennen, und die Schande des Slaventhums empfinden, sich nicht länger von angeblich übermenschlichen Wesen tyrannisiren (regieren) lassen; es wird im Laufe seiner Geschichte zu Vernunft kommen, das schmählige Joch abschütteln; sich selbst vertreten.

Wenn wir einem Volke angehörten, das etwa nach einem entscheidenden Kampfe wider den Despotismus zur naturgefehligen Freiheit gelangte, so würden wir uns erlauben, folgende Gedanken über Wahrheit, Liebe und Gerechtigkeit — als Entwurf zu einer Volksvertretung und zur Bildung eines Volkes auf dem Altar des Vaterlandes niederzulegen, ohne jedoch zu erwarten, daß unser Rath und unsre Vorschläge über andere Ansichten unserer Mitbürger hervorragen würden.

I. Form der Volksvertretung und Verwaltung im Allgemeinen.

§. 1.

Ein großes Land muß nothwendigerweise zur Erleichterung der Verwaltung in einzelne Theile, Provinzen oder Kreise eingetheilt werden. Diese Kreise finden sich fast in jedem Lande von selbst, indem die einzelnen Volksstämme meistens in besonderer Eigenthümlichkeit ihren Ur-Charakter erhalten und nach solchen, ohne irgend eine Verletzung des Ganzen, sich von einander unterscheiden. Die Kreise führen den Namen der Volksstämme nach ihrem Ursprunge, mit Verbannung jeglicher Bezeichnung, welche im Geringssten an die Schmach der Knechtschaft mahnen könnte. Ein jeder Kreis besteht aus verschiedenen Gauen, deren Eintheilung etwa durch Gebirge oder Flüsse, oder durch sonstige Zufälligkeiten bestimmt wird.

§. 2.

Das Volk jedes Gau' wählt durch Stimmenmehrheit, jedoch ohne allen Unterschied des Besitzes, einen Gaumann, dessen Name in Vorschlag als Kreisvorsteher an die Kreiskammer eingesandt wird, worauf denn das Loos die Ernennung der Kreisvorsteher entscheidet. Wird der Gaumann, oder der sogenannte Älteste im Gau, auf diese Weise zum Kreisvorsteher erhoben, so wird seine Stelle durch oben bezeichnete Wahl ersetzt.

§. 3. *)

Die Kreisvorsteher, Bevollmächtigten oder Kreis-Deputirten versammeln sich zur Berathung und Verhandlung über die Angelegenheiten des Kreises in der Kreisstadt, als Kreiskammer.

§. 4.

Aus den Kreisvorstehern wird auf fünf Jahre ein Kreis-Oberster durch das Loos erwählt, der in den Berathungen mit zwei Stimmen den Vorsitz führt.

§. 5.

Nach abgeschlossener allgemeiner Berathung kehren die Kreisvorsteher in ihre Heimath zurück; diese Kreiskammer muß sich jedoch so gestalten, daß stets der vierte Theil zur Berathung in unvorhergesehenen Fällen bereit ist. Die Ablösung oder der Urlaub wird durch das Loos bestimmt.

§. 6. *)

Der Präsident, oder Richter des Volks wird durch das Loos aus den Kreisvorstehern auf fünf Jahre erwählt.

§. 7.

Der Kreisvorsteher, dessen Stelle durch die Ernennung des Präsidenten vacant geworden, wird auf oben bezeichnete Weise durch einen Gaumann wieder ersetzt.

§. 8.

Jeder Kreis sendet alljährlich einen Landes-Deputirten in die Haupt- oder Reichsstadt. Diese Deputirten bilden den Senat, unter dem Vorsitz des Präsidenten.

§. 9.

Der Senat verhandelt alle wichtigen Angelegenheiten des Staates, in Bezug auf das Innere, wie die auswärtigen, und ist zum Auspruch oder zur Entscheidung in jedem Falle bevollmächtigt; jedoch unter Verantwortlichkeit vor dem Volke.

§. 10. *)

Der Senat wird alljährlich durch andere Landes-Deputirte abgelöst.

§. 11. *)

Der Präsident (Richter des Volks) hat im Senat fünf Stimmen, so daß seine Würde in Entscheidungsfällen hervortritt.

§. 12.

Nach Ablauf der fünf Jahre kann der Präsident in zehn Jahren nicht wieder als solcher gewählt werden, es sey denn auf einstimmiges Vergehren des Volkes, welches seinen Wunsch durch die Gaumänner und Kreisvorsteher zur Sprache bringt.

§. 13.

Durch §§. 12 und 13 liegt die Haupt-Verwaltung in Händen des ganzen Volkes, welches berechtigt ist, alle fünf Jahre neue Wahlmänner zum Kreis-Obersten vorzuschlagen und einen neuen Präsidenten zu fordern.

Anmerkung. Es versteht sich von selbst, daß das einstimmige Verlangen zu Gunsten des Präsidenten, Uebereinkunft des Volkes ist, und einzelnen etwa persönlichen Widerspruch ausschließt. Ein solcher Widerspruch dürfte sich dann als offene Klage äußern, wie im folgenden §. bezeichnet wird.

§. 14. *)

Zu Anfang jedes Jahres legt der Präsident, wie auch der Senat, auf zehn Tage sein Amt nieder und kann durch die versammelte Landeskammer (aus Kreisdeputirten bestehend) öffentlich zur Verantwortlichkeit gezogen, nöthigenfalls auch abgesetzt werden; und wird sodann dem bestehenden Geschwornen-Gericht, laut Anklage, (als Resultat der Untersuchung) zur Verurtheilung übergeben, unter Obwahrung des anerkannten Gesetzes. Die Frist von zehn Tagen kann in besondern Fällen, doch höchstens auf einen Monat, verlängert werden.

§. 15. *)

Drei Monate nach der Versammlung der Landeskammer legen die sämtlichen Kreisvorsteher ebenfalls auf zehn Tage ihr Amt nieder, und werden von den versammelten Gaumännern zur Verantwortlichkeit gezogen.

§. 16. *)

Während der Anlagefrist vertritt die Stelle des Präsidenten derjenige Senator (Landes-Deputirte) den das Loos trifft; hat aber bei Entscheidungs-Fällen, im ungestörten Gange der Geschäfte, nur Eine Stimme.

§. 17. *)

Zu Ende jedes Jahres wird von der Landeskammer (dem Senat) eine Commission ernannt, welche die Klagen gegen den Präsidenten annimmt, und sie der Kammer zur Untersuchung vorlegt.

§. 18. *)

Bei Niederlegung des Amtes eines Kreis-Obersten zur Anlagefrist, vertritt dessen Stelle, durch Loos-Entscheidung, ein Kreis-Vorsteher.

§. 19.

Im Fall der überwiesenen Verschuldung wird der Kreis-Oberster (wie der Präsident) dem Geschwornen-Gericht der Kreis-Stadt übergeben.

§. 20.

Der Präsident wohnt, in der Haupt- oder Reichsstadt, welche laut Beschlus des Senats bestimmt wird, jedoch wo möglich in der Mitte des Landes.

§. 21.

Der Kreis-Oberster wohnt in der Kreis-Stadt, welche von den Kreis-Vorstehern bestimmt wird.

II. Anerkennung des Verdienstes. Äußere Würde.

§. 1. *)

Aller Erbadel ist abgeschafft. Im menschlichen Wesen aber liegt ein zeitliches Streben nach öffentlicher Anerkennung begründet, weshalb dem wahren Verdienste um das Vaterland, mit der innigen Verehrung, eine äußere Würde verliehen werde.

§. 2. *)

Zu dieser Würde vor dem Volke kann ein Jeglicher gelangen, so Mann als Weib, und diejenigen, welche sich ein Verdienst um das Vaterland erworben, werden „Getreue des Volkes“ genannt.

§. 3. *)

Alljährlich, bei der Wahl der Kreisvorsteher, wird ein Ehrenkreis von zwölf der ältesten und würdigsten Männer, ernannt und zwar durch Loos-Entscheidung, aus eingesandten Namen aus den verschiedenen Gauen.

§. 4.

Der Gauemann nennt dem Kreisvorstande diejenigen Männer oder Frauen, deren Verdienst durch die öffentliche Stimme anerkannt worden, etwa durch eine edle That, oder durch irgend ein bedeutendes Opfer. Die Kreisvorsteher berichten den Ehrenkreis, der über die Anerkennung der „Getreuen des Volkes“ entscheidet.

§. 5.

Die Zahl der jährlich Ernannten beschränkt sich jedoch nur auf sechs Individuen aus jedem Kreis.

§. 6.

Wiederholung des Vorschlags, aber auch öffentlicher Einspruch gegen die Vorgeschlagenen darf jederzeit Statt finden.

§. 7. *)

Die Anerkannten empfangen vom Senat des Reichs ein Diplom und ein Ehrenzeichen mit der Inschrift: „Dank des Volkes.“ Die Übergabe der Ehrenbezeichnung geschieht öffentlich, nachdem ein allgemeiner Aufruf zum Einspruch aufforderte.

§. 8.

Die in Vorschlag gebrachten Männer müssen das 25ste, die Frauen das

18te Jahr erreicht haben. Frühere Auszeichnung durch That oder Opfer bleibt mithin im Gedächtniß des Volkes.

§. 9.

Die Würde vor dem Volke kann nicht durch Geld erkaufte werden.

§. 10. *)

Jedem anerkannten Individuum wird durch den Senat die Würde genommen, sobald irgend eine entehrende Befleckung erwiesen und der Ehrenkreis der zwölf Männer über die Anklage entschieden hat.

§. 11.

Diese Anklage geschieht öffentlich, wie die etwanige Rechtfertigung des Angeklagten.

§. 12. *)

Zur Entscheidung im Ehrengericht wird ein Aeltester der Zwölfe durch das Loos erwählt, der zwei Stimmen führt.

§. 13. *)

Ein Bürger des Staates, auf solche Weise der ihm vom Volke verliehenen Würde entblößt, darf zu keinem Amte im Staate zugelassen werden, und bleibt von der Nationalgarde ausgeschlossen, bis er durch tugendhaften Wandel, oder durch eine wahrhaft edle That wieder zum „Getreuen des Volkes“ erhoben wird.

§. 14.

Auch die Frauen des Volkes sind diesem Ehrengericht unterworfen.

§. 15. *)

Die Sittlichkeit des Volkes setzt voraus, dem anerkannten „Getreuen“ mit Achtung und Ehrerbietung zu begegnen, namentlich wenn jene etwa in besondern Fällen zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, oder zur Beschwichtigung zufälliger Streitigkeit ihren edlen Eifer ausbieten.

§. 16. *)

Bei den Wahlen der Kreisobersten und des Präsidenten haben die „Getreuen des Volkes“, durch ihr Verdienst um das Vaterland, den Vorzug.

§. 17. *)

Kein „Getreuer des Volks“ aber darf als solcher auf ein öffentliches Amt Anspruch machen, wenn er nicht diejenigen Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt, welche das Amt erfordert.

Anmerkung. Ein „Getreuer des Volks“, der sich z. B. im Wehrstande auszeichnete, kann darum nicht etwa Kreis-Oberster oder Präsident werden, wenn er nicht die erforderliche Ausbildung als Mensch sich erworben hat.

§. 18.

Kein „Getreuer des Volks“ darf als solcher in Bekleidung der Civilposten einen Würdigern überschreiten. Als z. B. im Lehrfache u. s. w.

§. 19.

Ein noch höheres Ziel des bürgerlichen Strebens wird Allen, beiderlei Geschlechts, eröffnet; mit dem Tode als „Mann des Volkes“, oder als „Frau des Volkes“ anerkannt zu werden.

§. 20.

Der Gedanke, durch Tugend und Verdienst unsterblich im Herzen des Volkes fortzuleben, während des Daseyns auf jegliche Anerkennung zu verzichten, ist so groß und erhaben, und in seinen Folgen so unschätzbar, daß er nicht mit eitlem Ruhmsucht verwechselt werden möge.

§. 21.

Des Volkes Stimme als „Gottes Stimme“ entscheide nach dem Tode eines Bürgers oder einer Bürgerin über die hervorragenden Tugenden und Verdienste. Als „Mann“ oder als „Frau des Volkes“ anerkannt zu werden — setzt das Höchste voraus, zu welchem sich der Mensch auf Erden in Wort und That emporzuschwingen vermag.

§. 22.

Das Gericht der zwölf Grefse walte schonungslos strenge im Urtheil über den Verstorbenen, oder die Verstorbene, und zwar am ersten Jahrestage des Todes, oder des Begräbnisses, öffentlich vor allem Volke.

§. 23.

Ein Bürger, der nicht als Getreuer des Volkes ernannt worden, kann dessen ungeachtet als Mann des Volkes gefeiert werden, wenn etwa sein Tod dem Volke die Gelegenheit entzog ihm die Ehrerbietung zu erweisen. Dasselbe gilt auch mit Anwendung auf die Frauen.

§. 24.

Die Kinder der „Männer und Frauen des Volkes“ werden im Fall der Dürftigkeit vom Staate besonders beachtet und versorgt, jedoch ohne irgend ein Vorrecht der Person.

§. 25.

An einem passenden Orte, von der Natur begünstigt, werde ein prunkloses massives Gebäude, „die Ehrenhalle des Volkes“, errichtet, welche die Büsten der Gefeierten umschließe. An diesem Orte finde zugleich die Volksversammlung zur Säkularfeier eines Geweihten statt, weshalb er etwa in Mitten des Landes gewählt werde.

§. 26.

Die Anerkennung erstreckt sich in die frühere Geschichte der Volkes zurück. Ueber die Aufnahme der Männer und Frauen vergangener Zeiten, entscheide der Ehrenkreis öffentlich vor dem Volke, unter Einspruch und Widerrede.

§. 27.

Kein Fürst oder Gekrönter, der sich ein Recht anmaßte, „von Gottes Gnaden“ zu herrschen über ein Volk, kann und darf in die Ehrenhalle des Volkes aufgenommen werden, indem er sich durch seine Anmaßung, als aus übermenschlichem Stoffe geformt, vom Volke ausschloß. Als nicht zum Volke gehörend im Leben, finde sein Andenken auch keine Stelle in der Ehrenhalle des Volkes nach seinem Tode, er möge „Allergnädigst zu befehlen geruht“ haben auf Erden, was es auch sey.

III. Wehrstand. Kriegsmacht.

§. 1. *)

Alles stehende Militär ist abgeschafft.

§. 2. *)

Statt des stehenden Heeres wird zur Vertheidigung des Landes die Nationalgarde in Kraft erhalten, welche in sogenannte mobile, bewegliche, und in unbewegliche eingetheilt ist.

§. 3. *)

Zur mobilen Nationalgarde gehört jeder Eingeborne des Landes von dem 18ten Jahre bis zum 40sten.

§. 4. *)

Nach dem 40sten Jahre steht jeder Bürger in der unbeweglichen Nationalgarde, welche im Kriege zur Behauptung des Orts zurückbleibt, und nicht, wie die bewegliche, im Felde gebraucht wird. Mit dem 60sten Jahre darf der Bürger austreten, oder etwa nach Belieben noch in der Nationalgarde bleiben.

§. 5.

Die Lehre vom Kriegswesen, Taktik, Fortifikation u. wird statt der lateinischen Versmacherei an den Hochschulen vorgetragen, so wie die einfachen Grundsätze und Regeln der Vertheidigung auch in den Landeschulen berührt werden.

§. 6.

Die Kriegeskunst bildet mithin eine Fakultät an den Hochschulen. Die Wahl des Studiums ist frei wie jede andre.

§. 7.

Als Vorbereitung zum Wehrstande wird die Turnkunst, als erste unbedingte Nothwendigkeit der Erziehung, geübt. Ingleichen wird für Schwimmschulen gesorgt.

§. 8.

Mit der Turnübung ist die Fechtschule verbunden, und wöchentlich öffentliche Unterhaltung, zur Aufregung des Wettersers.

§. 9.

Die Reitkunst ist ebenfalls ein Gegenstand der Landes- und Hochschulen. Sie wird durch geprüfte Lehrer mit dem Unterricht über den Bau des Pferdes verbunden.

§. 10. *)

Wer sich selbst von der Nationalgarde ausschließt, kann auf kein Amt und auf keine Würde im Staate Anspruch machen.

§. 11. *)

Es kann nur dann ein Bürger außer der Nationalgarde zu Amt und Würde gelangen, wenn körperliche Gebrechen ihm den Dienst nicht gestatten.

§. 12. *)

Die Offiziere der Nationalgarde werden durch Letztere gewählt, jedoch müssen sie vor der Kriegs-Kommission das nöthige Examen bestehen.

§. 13.

Alle Offiziere der beweglichen Nationalgarde, mit Ausnahme der Ingenieure, beziehen während des Dienstes, ohne Unterschied, gleichmäßigen Sold aus der Staatskasse, und werden benannt nach ihrer Stellung, ohne Vorrecht des Ranges.

§. 14.

Die Offiziere des Geniekorps (Ingenieure) beziehen, mit Rücksicht auf ihr ausgebreitetes Studium, einen verhältnißmäßig erhöhten Gehalt, und zwar auch außer Dienst ein Drittel desselben.

§. 15.

Die Zahl der anerkannten Ingenieure beschränkt sich auf das Verhältniß zur beweglichen Nationalgarde.

§. 16. *)

Rang und Titel sind in der Nationalgarde nichtig, jedoch ist der untergeordnete Offizier dem Obern während des Dienstes unbedingten Gehorsam schuldig.

§. 17. *)

Dem Chef einer Division, einer Brigade oder eines Regiments u. s. kann in besonderen Fällen eine kleinere Abtheilung übertragen werden, ohne Verletzung seiner Ehre.

§. 18.

Alle Jahr, nach beendigter Heu-Lernte, findet die allgemeine Dienst-Übung der Nationalgarde statt, jedoch solcherweise, daß nur die Hälfte des Wehrstandes sich versammelt, jeder Bürger mithin alle zwei Jahre etwa auf drei Wochen den Felddienst übt.

§. 19. *)

Kein vorgesehter Offizier ist berechtigt, das etwaige Vergehen eines untergeordneten (Offiziers oder Garbisten) selbst zu bestrafen. Er ist verpflichtet, den Obern einen Rapport abzustatten. Die Offiziere ernennen ein Gericht aus Nationalgarbisten (Nichtoffizieren), welches öffentliche Sitzung hält. Die Strafe entscheidet das anerkannte Gesetz.

§. 20. *)

Ist das Versehen des Offiziers der Art, daß es Entlassung aus dem Dienste als Offizier nach sich zieht, so entscheidet das Ehrengericht (Abth. II. §. 10 — 12), ob der Bestrafte ferner in der Nationalgarde bleibe.

§. 21.

Kein Bürger kann, ohnerachtet des Examens, Offizier werden, bevor er drei Jahre in der Nationalgarde gedient hat.

§. 22.

Die Kriegskommission, nebst dem damit verbundenen topographischen Bureau 16. ist unbeweglich. Die Mitglieder werden wie die übrigen Beamten vom Staat unterhalten.

§. 23.

Die Kavallerie bezieht auch außer Dienst einen zwar unbedeutenden Gehalt, mit Rücksicht auf die Pflege der Pferde. Verzichtleistung der Wohlhabenden auf diese Einnahme bleibt der Vaterlandsliebe anheimgestellt.

IV. Innere Verwaltung des Staats. — Beamte.

§. 1.

Der Präsident (Richter des Volkes), die Kreisobersten, Kreisvorsteher und Gaumänner sind nicht als Beamte des Innern zu betrachten, wohl aber können Beamte zu diesen Posten erwählt werden, wodurch sie sich dann von ihrer frühern Amtsverrichtung trennen.

§. 2.

Der Präsident, die Senatoren und die Kreisobersten ziehen festen Gehalt. Die Kreisvorsteher beziehen Tagsgelder, je nachdem sie längere Zeit versammelt sind.

§. 3.

Beamte des Innern sind diejenigen, welche nach beendigtem Studium in Thätigkeit gesetzt werden.

§. 4.

Jede Ernennung der Beamten geschieht auf Wahl und Vorschlag des Volkes, dessen Abtheilung das Amt berührt. Die Kreisvorsteher genehmigen, der Senat entscheidet, der Präsident bestätigt die Ernennung.

§. 5.

Sämmtliche Staatsbeamte des Innern beziehen, wie die obengenannten Würdeträger, ihren Gehalt aus der Staatskasse, nicht etwa vom Bezirk.

§. 6.

Zur Wahl der Beamten geschieht öffentlicher Aufruf. Die Kandidaten senden ihre Alttestate an das Verwaltungs-Bureau, oder melden sich persönlich. Aus der Zahl der Gemeldeten werden fünf der Vorzüglichsten bezeichnet, von welchen die Bürger des Amtsbezirks durch Stimmenmehrheit den Einzelnen wählen. Zur Vermeidung gewöhnlicher Intrigue steht es den Bürgern frey, außer diesen Fünfen etwa einstimmig einen Andern zu wählen.

§. 7. *)

Dem Präsidenten ist nicht gestattet, Beamte aus einer Provinz in die andere zu versetzen, ohne Zustimmung der Kreisvorsteher als Repräsentanten des Volkes.

§. 8. *)

Auch die Beförderung, das Avancement der Beamten, kann nicht durch den Präsidenten ohne Zustimmung der Kreisvorsteher geschehen.

§. 9.

Dem Volke steht jede Klage gegen den Beamten frey. Im Fall des Vergehens fällt er dem Geschwornen-Gericht anheim, nach öffentlicher Anklage, und nach vorhergegangener Meldung beim Senat.

§. 10. *)

Die Advokaten, Notare, Prediger, Professoren, Aerzte und Chirurgen

sind Staatsbeamte, vom Staate bezahlt, und dürfen für ihre Pflichterfüllung keine Bezahlung vom Volke annehmen.

§. 11.

Die Pflicht des Advokaten ist Erörterung des Rechts vor dem Geschworenen-Gericht, *ic.*

§. 12.

Das Geschäft des Notars, Kontrakt-Ausfertigung *ic.*, ist nicht mit dem Amt des Advokaten zu verwechseln.

§. 13.

Der Bedrängte wählt sich selbst seinen Verteidiger (Advocat), der den Prozeß mit Zustimmung des Erstern einem Andern übertragen kann, falls er zu sehr in Anspruch genommen ist.

§. 14.

Ein Advokat der eine bestimmte Anzahl Prozesse gewonnen, wird zur Auszeichnung als Beamter im Rechtsfache mit höherem Gehalte angestellt, falls er selbst nicht etwa lieber Advokat bleiben will.

§. 15.

Die Anstellung der Aerzte und Chirurgen geschieht nach Erforderniß der Bürgerzahl eines Orts oder Distrikts.

§. 16.

In besondern Fällen, bei vorherrschender Ansteckung *ic.*, wird dem Arzt ein Kollege gestattet, ebenfalls vom Staate bezahlt, weshalb er sich an das Medizinal-Kollegium wenden muß.

§. 17.

Die Geistlichkeit lebt im Ehestande. Vom Eölibat ist nicht die Rede. Statt der Klöster bestehen Pflegehäuser für das Alter beiderlei Geschlechts, ohne Unterschied des Glaubens.

§. 18.

Kindtaufe, Verheirathung, Begräbniß, Beichte *ic.*, trägt dem Geistlichen keine Spotteln.

§. 19. *)

Die Kandidaten der Geistlichkeit werden zuvor Lehrer an Land- oder Hochschulen, und auch als Prediger sind sie zum öffentlichen Unterricht in den ihnen angewiesenen Fächern verpflichtet.

§. 20. °)

Alle Fakultätsbeamte gehören zur unbeweglichen Nationalgarde.

§. 21.

Ein Beamter irgend einer Fakultät, der als Advokat, Notar, Prediger, Arzt oder Chirurgus seine Pflicht verletzt und vor Gericht überwiesen worden, wird seines Amtes entsetzt und als unwürdig von der Nationalgarde ausgeschlossen.

§. 22.

Der Kandidat jeder Fakultät besteht ein öffentliches Examen.

§. 23.

Ein Fakultätsbeamter, der versetzt zu werden wünscht, meldet sich nach §. 6 zu einer vacanten Stelle. Die bezeichneten fünf Geistlichen halten ihre Propäpredigt in der Gemeinde vor der Wahl.

§. 24.

Der Gehalt der Beamten wird mit der größten Mäßigung bestimmt; jedoch so, daß selbst der untergeordnete Beamte sein hinlängliches Auskommen hat. Wer nicht um einen billigen Gehalt dem Staate dienen will, wird nicht genöthigt seyn eine Anstellung zu suchen.

§. 25.

Die Anstellung der Staatsbeamten, in Bezug auf den Gehalt, fällt in drei

Klassen, ohne etwa Rang und Stand der Beamten zu erhöhen oder herabzusetzen. Alle Beamten wie alle Staatsbürger stehen einander gleich. Die erste Klasse der Angestellten, außer dem Präsidenten, bezieht von 2000 bis 1500 Rthlr.; die 2te Klasse von 1500 bis 800 Rthlr.; die dritte Klasse von 800 bis 300 Rthlr. Gehalt; der Präsident 20,000 Rthlr. Privatbureau's existiren nicht. Die nöthigen Schreiber, 2c. werden aus den Erziehungs-Anstalten gezogen und vom Staate besoldet.

V. Erziehungs-Anstalten. — Schulwesen, Beförderung der Industrie und der schönen Künste.

§. 1.

Die Erziehung befördere in aller Hinsicht die Entwicklung der physischen wie der geistigen Kräfte und die sittliche Veredlung.

§. 2.

Der Schulplan werde mit Zustimmung aller Fakultäten vom Landes-Schulkollegium, auf bestimmte Frist entworfen, jeder Einwendung von Seiten des Volkes preis gegeben, und nach genauer Prüfung jeglicher Stimme vom Senat bestätigt.

§. 3.

Mit Rücksicht auf die kostbare Zeit wird der Unterricht in den lebenden Sprachen dem Studium der todten insofern vorgezogen, als nur diejenigen der Letztern bedürfen, welche sich dem Gelehrtenstande widmen wollen. Die herrschenden lebenden Sprachen aber werden überall mit Ernst getrieben.

§. 4. *)

Außer den Land-, Stadt- und Hochschulen besteht in jeder Kreisstadt ein „allgemeines Erziehungs-haus“ für die männliche, und ein gleiches für die weibliche Jugend.

§. 5.

In dem allgemeinen Erziehungs-hause findet der Zögling männlichen Geschlechts gründlichen Unterricht in allen Fächern der Wissenschaft, und wird nach seinem natürlichen Gange und nach seinen Fähigkeiten gebildet, zu welchem Stande er sich neigt.

§. 6.

Außer den Lehrern der Wissenschaft sind Künstler und Handwerker aller Art zum nöthigen Unterricht angestellt.

§. 7.

In den Erziehungs-häusern weiblichen Geschlechts, wird der Unterricht, außer den Wissenschaften, in Allem was die weibliche Ausbildung fordert, durch Lehrerinnen versehen.

§. 8.

Verarmte und Waisen finden in dieser Anstalt Wohnung und Pflege, so auch die Kinder aus getrennten Ehen, ohne Unterschied des Standes und der Verhältnisse ihrer Eltern. Obwohl das Emporblühen im häuslichen Kreise die sittliche Bildung befördert, ist es jedoch allen Eltern gestattet, ihre Kinder auf eigene Kosten in die Anstalt zu senden, insofern Wohnung und Pflege besondern Beitrag fordert.

§. 9.

Der öffentliche Unterricht ist in dieser Anstalt, wie in allen Schulen, unentgeltlich.

§. 10.

In Bezug auf §. 8. bleiben die Zöglinge weiblichen Geschlechts bis Ende des 16ten, die Zöglinge männlichen Geschlechts bis zu Ende des 18ten Jahres in der Erziehungs-Anstalt.

§. 11.

Mit der Erziehungs-Anstalt ist ein Bazar, eine Ausstellung aller Arbeiten, — verbunden, welche die Zöglinge in Künsten und Handwerken und in weiblicher Arbeit liefern.

§. 12.

Jedes Product welches der Zögling verfertigt, wird gewissenhaft taxirt, und der Betrag, nach Abzug des Stoffs, in zwei Theilen berechnet, wovon der eine als Eigenthum des Zöglings der öffentlichen Sparkasse übergeben wird, die andere Hälfte fällt der Anstalt anheim.

§. 13.

Der Erwerb des Zöglings trägt landesübliche Zinsen und bleibt ihm vorbehalten, als Vermögen, bis er sein 25stes Jahr erreicht hat. Den Zöglingen weiblichen Geschlechts wird die Benutzung des Betrags bei ihrer Verheirathung, oder zu Ende des 20sten Jahres freigestellt.

§. 14.

In der Haupt- oder Reichsstadt besteht eine Academie der schönen Künste, vom Staate mit einem Fond versehen, zur Unterstützung des Talents.

§. 15.

Die Kunst-Producte der Academie werden durch einen vaterländischen Kunstverein gekauft und an die Mitalieber des Vereins verlost. Ein Drittel des Ertrags für jedes Product fällt der Academie anheim, die übrigen zwei Drittheile stehen dem Zöglinge zu Gute, wenn er etwa zu seiner ferneren Ausbildung eine Reise unternimmt, 2c.

§. 16.

Zur Aufmunterung des Strebens werden alljährlich Medaillen auf vorzügliche Werke ausgetheilt. Mit der größten Medaille ist ein Reisestipendium auf drei Jahre verknüpft.

§. 17.

Errichtung und Verzierung öffentlicher und Privat-Gebäude, Darstellungen aus der Geschichte des Volkes, in Standbildern und Fresco, bietet dem Talent Gelegenheit zur Thätigkeit und zur Entwicklung.

§. 18.

Der Senat ist verpflichtet, die Blüthe aller Wissenschaften und Künste, wie der Industrie, nach Kräften zu befördern, und keinen Zweig der Kunst und Industrie zu vernachlässigen.

§. 19.

Die Architekten werden zur Verschönerung der Städte insbesondre beschäftigt, ohne verschwenderischen Aufwand an Prachtgebäuden. Das Nützliche wird dem Kostspieligen vorgezogen.

§. 20.

In jeder Kreisstadt, wie in der Hauptstadt, ist ein Lokal für die Nationalbühne. Die Gesellschaft der Letztern wechselt den Ort alle drei Monate und bietet Darstellungen, welche den Nationalgeist berühren und ansprechen, wie auch klassische Werke andrer Art zur Erhebung des Herzens. Die Bühne sey eine Bildungsschule des Volkes und unterstütze zugleich das aufkeimende poetische Talent im Einzelnen des Volkes. Befestigung des Nationalgeistes und sittliche Veredelung sey der Zweck aller Künste.

VI. Ehen und eheliche Gerichte.

§. 1.

Eine wesentliche Ursache der Verderbnisß des Menschengeschlechts sind die schlechten Ehen; indem die mehrsten als ein Handelsgeschäft auf Speculation geschlossen, oder durch gemeine Nebenrücksichten veranlaßt werden.

§. 2.

Die unsinnigen und herzlosen Ehen wirken zerstörend auf die nächste Generation, und in ihnen liegt das Uebel der Gegenwart wie der Zukunft begründet.

§. 3. *)

In jedem Gau des Landes waltet ein Ehegericht von den Einwohnern beiderlei Geschlechts erwählt, bestehend aus vier Bürgern der unbeweglichen Nationalgarde und aus sechs der würdigsten Frauen, welche Letztere verheirathet und über dreißig Jahre alt seyn müssen.

§. 4. *)

Den Vorsitz dieses Gerichts führt ein Bürger der unbeweglichen Nationalgarde, durch das Loos erwählt, mit zwei Stimmen.

§. 5. *)

Da dieses Gericht den größten Einfluß auf das Wohl des Staates und auf das Glück der Mitbürger übt, so gereicht den Mitgliedern die Ernennung zur besondern Ehre. Sie beziehen keinen Gehalt und dürfen keine Geschenke annehmen.

§. 6. *)

Das Gericht hält wöchentlich eine Sitzung, etwa Sonntags nach beendigtem Gottesdienste.

§. 7.

Jedes Paar, welches zur Heirath schreitet, muß sich vor diesem Gericht in sittlicher und bürgerlicher Beziehung legitimiren, die Erwerbsfähigkeit des Mannes und die freie Uebereinstimmung der Charaktere muß insbesondre erwiesen werden.

§. 8.

Es darf kein Paar die Ehe schließen, welches im Alter dreißig Jahre Unterschied zählt.

§. 9.

Weder eine Jungfrau noch ein Jüngling darf von den Seinigen zu einer Spekulationshehe gezwungen werden. Den Bedrängten wird die Klage in dieser Bezeichnung vor dem Gericht gestattet.

§. 10.

Jede Ehe wird durch Kontrakt vor diesem Gericht geschlossen, und dann erst durch den Prediger geweiht.

§. 11.

Die Ehescheidung kann nach rechtskräftigen Gründen unbedingt und zu jeder Zeit durch dieses Gericht genehmigt werden.

§. 12.

Derjenige Theil der Ehe, der die Scheidung durch irgend ein Vergehen veranlaßt, ist zur Entschädigung des gekränkten Theils verpflichtet.

§. 13.

Die Kinder einer getrennten Ehe müssen in der allgemeinen Erziehungsanstalt erzogen werden, zur Sicherung ihrer Sittlichkeit, ohne Unterschied des Alters und des Standes.

§. 14. *)

Der Vater ist verpflichtet die Erziehungskosten zu decken, falls nicht eine andre Uebereinkunft vorhergeht.

§. 15.

Ehebruch zieht Ehescheidung, nach sich und wird aufs härteste durch öffentliche Anzeige und durch Verurtheilung zum Verbesserungshause bestraft.

§. 16. *)

Verschiedenheit der Religion ist kein Hinderniß der Ehe. Ein Paar, welches zur Ehe entschlossen und sich sonst legitimiren kann, wende sich an das Gericht, falls die Ueltern obigen Grund als Einwendung brauchen.

VII. Glaubensfreiheit.

§. 1.

Es giebt keine herrschende, sogenannte Staatsreligion.

§. 2.

Jede Religion ist gesetzlich erlaubt, und jede Religions-Übung frei.

§. 3.

Alle Eingebornen des Landes, oder diejenigen, welchen das Bürgerrecht verliehen, tragen gleiche Verpflichtung gegen den Staat unterm Schutze des Gesetzes.

§. 4.

Alle Prediger und Priester dürfen im Ehestand leben (nach §. 17. IV.), müssen aber durch tugendhaften Wandel ein Vorbild bieten.

§. 5.

Jeder Eingeborne kann nach Ablauf des 18ten Jahres, das weibliche Geschlecht mit dem sechzehnten Jahre, das Glaubensbekenntniß ändern, wenn es aus Ueberzeugung geschieht.

§. 6.

Proselytenmacherei aller Art wird öffentlich gerügt und gesetzlich bestraft.

§. 7.

Der christliche Religions-Unterricht beginnt erst mit dem zwölften Lebensjahre, wenn die Jugend zur Reife emporblüht, das Erhabene der Lehre zu fassen.

§. 8.

Die Konfirmation oder Firmung des Jünglings findet erst statt mit dem 18ten, die der Jungfrau mit dem sechzehnten Jahre, und den Unterrichteten steht es frei, ihren Ritus oder ihre Glaubens-Parthei selbst zu wählen.

§. 9.

Das Begräbniß in den Kirchen ist untersagt. Keine Leiche darf innerhalb der Stadt begraben werden.

§. 10.

Verbrennung der Leichen und Aufbewahrung der Asche in Urnen etc., ist erlaubt.

VIII. Allgemeine Grundsätze.

§. 1.

Ein einziges Gesetzbuch gelte im ganzen Lande, entworfen und ausgeführt nach den Bedingungen des Jahrhunderts, gegründet auf Naturrecht durch Gesetzgebung der Vernunft.

§. 2.

Jedes einzelne Gesetz muß vom Volke genehmigt werden, nach öffentlicher Kundmachung, bevor es als solches gültig wird. Die Genehmigung geschieht durch die Stimmenmehrheit der Gauz, mittelst Bericht an die Kreise und an den Senat; der erst dann das Gesetz zum Gesetz erhebt.

§. 3.

Kein Verpflichtungsseid der Bürger findet statt. Die Vaterlandsliebe im Herzen sei der Schwur.

§. 4.

Der Beamte ist, ohne Eidesformel, zur Aufrechthaltung des Gesetzes, dem Volke in Treue verpflichtet. Vergehen gegen das Volk durch Vernachlässigung der Pflichterfüllung zieht (nach §. 9. IV.) gerichtliche Anklage nach sich.

§. 5.

Jeder Fremde genießt den Schutz der Gesetze, sobald er das Land berührt hat.

§. 6.

Kein Flüchtling wird ausgeliefert.

§. 7.

Eingewanderte Verbrecher, sittlich verwilbert, stehen unter strenger Obhut

der Behörden, und werden genöthigt, das Land zu verlassen, sobald eine Klage gegen sie laut geworden.

§. 8.

Wer sich auszeichnet als Bürger eines andern Staates, genießt das Bürgerrecht im Lande, einzeln oder mit Frau und Kind.

§. 9.

Wer kein Vermögen von einer bestimmten Summe besitzt, ist von allen Abgaben frei.

§. 10.

Die Abgabe vom Vermögen und die Grundsteuer hält den Staat aufrecht.

§. 11.

Jede Abgabe von Bedürfnissen ist als größtes Uebel des Landes verworfen.

§. 12.

Innerhalb der Landesgränzen existirt keine Mauth und keine Accise, 2c.

§. 13.

Die Landstraßen (Chausséen) werden aus der Staatskasse erhalten, und gewähren der ärmern Klasse einen Nahrungszweig.

§. 14.

Die Haupt-Strassen zur Verbindung mit dem Auslande werden durch Eisenbahnen verbessert.

§. 15.

Handel und Verkehr im Lande ist unbedingt frei.

§. 16.

Die Vervollkommenung jeglicher Produkte des Landes, der Natur wie der Kunst und Industrie wird durch Prämien gesteigert.

§. 17.

Die höchste Prämie ist die Anerkennung als „Getreuer des Volks.“ (nach §. 2. II.)

§. 18.

Allgemeine Gewerbefreiheit und Verbannung alles Zunftzwanges erhöht den Wettstreit der bürgerlichen Thätigkeit.

§. 19.

Jedes Fach der Kultur wird durch Kreiscollegien vertreten und befördert.

§. 20.

Lotto und Papierstempel sind verworfen.

§. 21.

Lurus- und Mode-Artikel sind mit schwerem Einfuhrzoll belastet.

§. 22.

Nothwendige Produkte, welche die Natur in geringem Maaße, oder gar nicht hervorbringt, werden zollfrei eingeführt.

§. 23.

Die einfachste Nationaltracht der Vorzeit gelte in allen Ständen.

§. 24.

Jede fremde Mode ist Untreue am Volksthum.

§. 25.

Wer Rang, Titel oder Orden aus irgend einem fremden monarchischen Staate annimmt, verliert die Ehre in der Nationalgarde zu dienen, und mit dieser zugleich jeden Anspruch auf ein Amt im Vaterlande.

§. 26.

Die Presse ist unbedingt frei. Verletzung der Sittlichkeit und Beleidigung der Person durch die Schrift zieht, wie jede andre, Anklage vor dem Geschwornengericht nach sich.

§. 27.

Das Duell unter Männern, welche das 25ste Jahr erreicht haben,

ist erlaubt, nachdem ein prüfendes Ehrengericht solches genehmigte. Ein Fremder, unbekannt, oder von zweideutigem Rufe, stellt zwei Ehrenmänner als Bürge seines Charakters, welche demnach in Anspruch genommen werden falls entgegengesetzte Beweise gegen den Unbekannten eingehen.

§. 28.

Das Ehrengericht, aus sechs Männern bestehend, wird von beiden Partheien zur Hälfte erwählt.

§. 29.

Beide Partheien müssen gegenseitig die Mitglieder des Ehrengerichts zuvor genehmigen. In streitigen Fällen dieser Art entscheidet der Ehrenkreis. (§. 3. II.)

§. 30.

Nur Verrath am Volke zieht Todesstrafe nach sich, jedes andere Verbrechen wird durch Haft im Verbesserungshause bestraft.

§. 31.

Das Verbesserungshaus für Verbrecher ist eine Industrie-Anstalt.

§. 32.

Vom Ertrag der Produkte, welche ein Verbrecher in der Verbesserungsanstalt liefert, wird ihm ein Drittheil in der Landes-Sparkasse aufbewahrt, bis die Frist seiner Haft verstrichen ist.

§. 33.

Das erste Augenmerk der ganzen Staats-Verwaltung ruhe auf der Erziehung, dem nächsten und heiligsten Gegenstande des Volkes. In der Erziehung liegt der Keim einer folgenden Generation, zur erhöhten Blüthe des Staats begründet.

§. 34.

Alle Lehrer und Lehrerinnen, werden als Beamte des edelsten Berufs anerkannt, geschätzt und geehrt. Eine besondere Sparkasse, vom Staate begünstigt, sichert ihr Leben bis ins Grab.

§. 35.

Das Weib wird als das reinste Werk der Schöpfung verehrt. Im Weibe ruht mittelbar die Fortbildung des Volkes zu erhabener Stufe; durch den Einfluß des weiblichen Wesens auf Geburt, Erziehung und sittliche vervollkommnung des Geschlechts.

§. 36.

Die Jungfrau erkenne ihre hohe Würde, sobald ihr Charakter sich zur Volksthumlichkeit entwickelte; sie weihe Keinem ihr Herz und ihre Hand, der nicht als Mann im Volke sich bewährte durch Wort und Wandel.

§. 37.

Die Mutter betrachte ihre Kinder als höchstes Geschenk, welches sie dem Vaterlande weihet. Im zarten Herzen des Kindes werde das Gefühl der Vaterlandsliebe, als das reinste und heiligste nächst dem Glauben an Gott, genährt und gestärkt.

§. 38.

Das höchste Ziel der Jungfrau sei Beglückung eines Mannes, der dem Volke angehört, gleichsam Dank und Lohn für des Mannes Streben.

§. 39.

Das reinste Streben des Jünglings sey Entwickelung und Vervollkommnung seines Wesens, als Mann im Volke, welches alle Tugenden in sich schließt.

§. 40.

Das höchste und schönste Ziel des Mannes sey der Tod für's Vaterland.



